

# Bauernbund Brandenburg

Liebe Berufskollegen,

Anfang diesen Jahres haben wir eine Pressemitteilung zum wachsenden Einfluss der Kapitalanleger auf die brandenburgische Landwirtschaft versandt – und damit eine Lawine losgetreten. Märkische Allgemeine, Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel reagierten unmittelbar, das ZDF drehte inzwischen bei Manfred Wercham in Wilhelmsau (Märkisch Oderland),



der RBB bei Joachim Nettelbeck in Rönnebeck (Oberhavel), der STERN berichtete von Torsten Gerloff in Teetz (Ostprignitz-Ruppin) und die ZEIT von Marco Hintze in Krielow (Potsdam-Mittelmark). Fast wöchentlich erreichen uns Anfragen zu dem Thema. Und doch muss man feststellen, dass all unser Engagement nichts gebracht hat: In der EU-Förderperiode 2014-20 wird es keine Kappung geben, die Agrarinvestoren können voll durchsubventioniert weiter kaufen.

Auch die große Unterstützung von CDU und Grünen in Brandenburg für unsere Positionen hat zwar bundesweit Diskussionen ausgelöst, am Ende jedoch war der Einfluss des Deutschen Bauernverbandes in Berlin und Brüssel stärker. Neuregelungen beim Grundstücksverkehr und der Privatisierung der restlichen BVVG-Flächen, für die wir uns weiterhin einsetzen, werden bei weitem nicht die Wirksamkeit haben, wie sie durch eine Kappung hätte erreicht werden können.

Wir sollten uns die Niederlage eingestehen, ohne mutlos zu werden. Davon gehen unsere Betriebe nicht unter. Aber es ist auch Fakt, dass in den letzten zwanzig Jahren alle Versuche, die Agrarsubventionen gerechter zu verteilen, gescheitert sind. Nach meiner Auffassung schaden die Subventionen uns derzeit mehr, als sie nützen. Sie täuschen billige Lebensmittel vor, legitimieren eine immer lästiger werdende Bürokratie und sie sichern das Investment der Kapitalanleger ab.



Die Diskussion über unsere künftigen Positionen wollen wir mit möglichst vielen Mitgliedern führen.

Eine erste Gelegenheit war unser Herbsttreffen auf den Höfen der Familien Kiesel (Foto oben) und Simon (Foto unten) in der Ostprignitz, das mit rund 70 Teilnehmern sehr gut besucht war und allen noch in guter Erinnerung ist. Die Frage, wie wir zur Zukunft der Subventionen nach Ablauf der jetzigen Förderperiode 2020 stehen, wird uns auf unseren nächsten Vorstandssitzungen und auch auf der Hauptversammlung beschäftigen. Die ist übrigens am 12. Februar in Falkenrehde – den Termin könnt Ihr Euch schonmal notieren. Eine richtige Einladung kommt natürlich noch per Post.

Ich wünsche Euch eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gutes gesundes Jahr 2014!

Euer Karsten Jennerjahn

## Agrardebatte im Landtag Brandenburg: "Es gibt den Ostblock"

Interessante Auszüge aus den Redebeiträgen der Landtagssitzung vom 25. September 2013

**Prof. Dr. Michael Egidius Luthardt (Die Linke)** : Schon immer gab es im Osten größere landwirtschaftliche Güter, die sich auf den leichten Böden besser rechneten als kleine Betriebe. Dies ist in der heutigen Zeit durchaus auch ein Wettbewerbsvorteil. Die Mischung macht's! Große und kleine Betriebe verschiedener Eigentumsformen nebeneinander. Die Diskussionen, diese gewachsenen Strukturen zu verändern und kleine und große Betriebe gegeneinander auszuspielen, führen nach Auffassung der Fraktion Die Linke ins Leere. (...)

Die Linke spricht sich gegen eine Degression oder Kappung aus. Am System der Direktzahlungen sollte festgehalten werden. Diese müssen jedoch stärker als bisher an soziale und ökologische Leistungen gebunden werden.



**Dieter Dombrowski (CDU)**: Nach den Zahlen des Statistischen Amtes Berlin-Brandenburg gab es 2012 in Brandenburg rund 5 500 Agrarbetriebe. Davon haben fast 90 Prozent eine Betriebsgröße bis zu 500 Hektar. Allerdings bewirtschaften diese 90 Prozent nur ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Brandenburg. Fast die Hälfte – genau 47 Prozent – der landwirtschaftlichen Nutzfläche Brandenburgs wird von 5 Prozent aller Agrarbetriebe bewirtschaftet, die 1000 Hektar und größer sind. Angesichts der von der Linken generell kritisierten Vermögensverteilung in Deutschland stört sich die Linke an solchen Verhältnissen in der Landwirtschaft anscheinend nicht. (...)

Dass die Flächengiganten nicht per se mehr Wertschöpfung generieren, zeigen die Ergebnisse der Gesamtrechnung

für den Wirtschaftsbereich Landwirtschaft. Betrachtet man die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft als Maß für die in einer Region erbrachte wirtschaftliche Leistung, so stellt man fest, dass Brandenburg im Ländervergleich nur auf Platz 10 landet. Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Bayern erzielen hingegen eine Bruttowertschöpfung, die entweder doppelt oder dreimal so hoch wie die Brandenburgs ist. Darüber hinaus beschäftigen natürliche Personen, also Einzelunternehmen, wesentlich mehr Personen pro Hektar und damit mehr Arbeitskräfte als juristische Personen. Zu diesem Ergebnis kam auch die Stärken-Schwächen-Analyse, die im Rahmen der Erarbeitung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum für die neue Förderperiode im Auftrag unserer Landesregierung durchgeführt wurde – die also nicht irgendwoher kam, sondern im Auftrag unserer Landesregierung erfolgte. (...)

Herr Minister Vogelsänger, mit Blick auf die gemeinsame Agrarpolitik will ich jetzt nicht auf die Frage eingehen, ob die Degression oder die Förderung der ersten Hektare besser oder schlechter für unser Land ist. Die Entscheidungen sind getroffen, und ich habe gesagt: Damit können wir umgehen. Die Förderung der ersten Hektare, auf die sich die deutschen Agrarminister verständigt haben, ist zwar ein klares Bekenntnis zu den Bauern, sie ist aber kein klares Nein zu den Konzernstrukturen außerlandwirtschaftlicher Investoren. Kapitalanleger, die bei uns in Brandenburg Ackerflächen oder ganze Betriebe aufkaufen und den ortsansässigen Landwirten wertvolle Flächen entziehen, haben weder etwas mit nachhaltiger generationenübergreifender Landwirtschaft zu tun, noch sorgen sie für zukunftssichere Arbeitsplätze und attraktive lebendige, starke Strukturen in den ländlichen Räumen. Es ist deshalb richtig, dass wir uns heute Nachmittag abschließend mit dem von der CDU-Fraktion initiierten Antrag befassen, eine Arbeitsgruppe Bodenmarkt zu errichten.

**Udo Folgart (SPD)**: Auch beim Bodenerwerb muss gehandelt werden. Wir haben uns dazu im zuständigen Ausschuss verständigt und werden heute Nachmittag die Arbeitsgruppe Bodenmarkt

ins Leben rufen. Im Bodenmarkt sind nämlich Preise aufgerufen, die sich in der Landwirtschaft über den sogenannten Reinertrag der Fläche nicht realisieren lassen. Die Produktionsgrundlage der Betriebe wird damit infrage gestellt. (...)

Ich frage: Was ist besser, ein moderner Stall mit 600 Kühen in einem Ort oder zehn verteilte Ställe in einem Ort mit jeweils 60 Kühen bei insgesamt gleichgroßer bewirtschafteter Fläche? Ich glaube, hier ist die Frage des Tierwohls – jeder Stallneubau ist aus meiner Sicht auch eine Investition ins Tierwohl – schnell zu beantworten. Wer einmal in einem Stall mit 600 Kühen war, die dortigen Abläufe kennt und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Tiere und Menschen sieht, wird davon schnell überzeugt sein.

**Gregor Beyer (FDP):** In vielen Punkten waren wir uns seinerzeit – vor zwei Jahren – in dem gemeinsamen Entschließungsantrag einig. Es geht darum, einen Rahmen zu setzen, in welchem sich die Landwirtschaft erfolgreich entwickeln kann. Wir sind gegen Kappung und Direktzahlung – Jetzt nickt der Minister auch bei mir ...

**Axel Vogel (Bündnis 90 / Grüne):** Wer von einer guten Bilanz der Brandenburger Landwirtschaft reden will und nicht nur in klassischer Fortsetzung der „DDR-Tonnenideologie“ vom Ernteergebnis des Jahres, mein lieber Kollege Dr. Luthardt, der muss andere Bewertungskriterien anlegen. Ganz im Gegenteil zu der hier positiv verbreiteten Botschaft gibt es eine ganze Reihe von Kennzahlen, die der These von einer guten Bilanz mehr als deutlich widersprechen. (...)

Wir müssen von diesem Leitbild weg. Wir müssen dafür sorgen, dass wir zu einer bäuerlichen, ökologischen und regional verankerten Landwirtschaft kommen. Leider hat sich die Brandenburger Landesregierung, hier nicht besonders hervorgetan. Ganz im Gegensatz zu den fünf grünen Landwirtschaftsministern hat sie alles unternommen, damit alles so bleibt, wie es ist. Die Kappung wurde verhindert, eine größenabhängige Degression der Fördermittel de facto ausgehebelt, das Greening beschränkt. So kann man zwar Landwirtschaftspolitik machen, die Herausforderungen der Zukunft wird man damit aber nicht meistern. (...)

Wenn hier von Groß- und von Kleinbetrieben die Rede ist, sollten Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir inzwischen Verhältnisse wie in einem Entwicklungsland haben. 50 Prozent der Betriebe in Brandenburg bewirtschaften weniger als 50 ha – Herr Dombrowski hat es angesprochen – und insgesamt nur 3,6 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. Im Vergleich zu den fast landlosen Bauern sind die anderen quasi Riesen-Haciendas, das erinnert an südamerikanische Verhältnisse. (...)

Wir werden nachher sicherlich einstimmig einen von CDU und Grünen eingebrachten Antrag, der im Ausschuss noch etwas umgearbeitet wurde, verabschieden. Aber ich möchte an dieser Stelle betonen: Bäuerliche Landwirtschaft ist für uns das zentrale Element der Landwirtschaftspolitik in Brandenburg. Wir sind nicht Vertreter einer kleinbäuerlichen „idyllischen“ Landwirtschaft, diese wird es nicht geben. Wir sehen sehr wohl, dass unter den Bedingungen der Brandenburger Landwirtschaft Betriebe von 500 ha – plus/minus 300 ha – durchaus ihre Berechtigung haben.

Wir werden nachher sicherlich einstimmig einen von CDU und Grünen eingebrachten Antrag, der im Ausschuss noch etwas umgearbeitet wurde, verabschieden. Aber ich möchte an dieser Stelle betonen: Bäuerliche Landwirtschaft ist für uns das zentrale Element der Landwirtschaftspolitik in Brandenburg. Wir sind nicht Vertreter einer kleinbäuerlichen „idyllischen“ Landwirtschaft, diese wird es nicht geben. Wir sehen sehr wohl, dass unter den Bedingungen der Brandenburger Landwirtschaft Betriebe von 500 ha – plus/minus 300 ha – durchaus ihre Berechtigung haben.



**Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger (SPD):** Es gibt den Ostblock ... Es gibt Einigkeit bei den ostdeutschen Agrarministern. Und auch das ist keine Selbstverständlichkeit. Mecklenburg wird rot-schwarz regiert, Brandenburg wird rot-rot regiert, Sachsen-Anhalt wird schwarz-rot regiert, Thüringen wird schwarz-rot regiert und Sachsen – da kommt die FDP, Herr Beyer, dazu – wird schwarz-gelb regiert. Wir haben ein 10-Punkte-Programm erarbeitet und sind uns einig gegen Kappung und Degression und sind gegen Umverteilung von Ost nach West und werden natürlich entsprechend kämpfen.

## Die Profiteure sind Industrielle und Banker

### Interview zur EU-Agrarreform in der Märkischen Oderzeitung vom 6. November 2014

Vom Kompromiss zu den Agrarsubventionen sollen vor allem bäuerliche Familienbetriebe profitieren. Hajo Zenker fragte deshalb Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg, der sich als Interessenvertreter von Familienbetrieben versteht, nach seiner Einschätzung.

MOZ: Ostdeutsche Großbetriebe verlieren Geld, kleine Höfe bekommen mehr – sind Sie begeistert?

Jung: Ganz und gar nicht. Der lange Arm des Deutschen Bauernverbandes und eine große Koalition aus Jörg Vogelsänger und Ilse Aigner haben dafür gesorgt, dass auswärtige Finanzinvestoren sich auch künftig voll subventioniert in der ostdeutschen Landwirtschaft ausbreiten können.

MOZ: Wieso das denn?

Jung: EU-Kommission und Parlament hatten vorgeschlagen, die Beihilfen zu kappen, also keinem Agrarbetrieb mehr als 300.000 Euro pro Jahr zu zahlen. Bei einer vernünftigen Ausgestaltung dieses Vorschlags hätte man Großbetrieben von ortsansässigen Landwirten die Chance gegeben, sich zu teilen. Vor allem hätte man die Finanzinvestoren, die bereits heute 15 Prozent der Subventionen in Brandenburg kassieren, wirksam ausbremsen können. Das hat Deutschland erfolgreich torpediert.

MOZ: Eine Kappung aber hätte der ostdeutschen Landwirtschaft viel Geld entzogen.

Jung: Der Witz ist doch: Dieselben ostdeutschen Agrarminister, die mit diesem Argument eine Kappung bekämpft haben, wählen unter den jetzt zur Debatte stehenden Modellen dasjenige aus, bei dem die ostdeutsche Landwirtschaft das meiste Geld verliert. Ein Abgrund an Unglaubwürdigkeit.

MOZ: Weshalb?

Jung: Nun trifft eine spürbare Kürzung nicht nur wenige Großbetriebe, sondern so ziemlich jeden ostdeutschen Bauern. Ich persönlich mit meinem 30-Hektar-Betrieb kann mich zwar freuen – die Durchschnittsgröße unserer Mitglieder beträgt jedoch 210 Hektar.

MOZ: Die Profiteure sitzen also ganz woanders?

Jung: Das Geld geht von Ost- nach Westdeutschland. Sicher, der Zuschlag auf die ersten 30 Hektar kommt in Bayern erstmal gut an – die Durchschnittsgröße dort liegt ja genau bei 30 Hektar. Die wirklichen Profiteure der Agrarreform sind aber nicht Bauern, sondern Industrielle und Banker.

## Bauernbund begrüßt Einrichtung einer Arbeitsgruppe Bodenmarkt

### Pressemitteilung vom 24. September 2013

Der Bauernbund Brandenburg begrüßt die Einrichtung einer regierungsoffiziellen Arbeitsgruppe Bodenmarkt, die bis spätestens März 2014 Vorschläge für Regelungen ausarbeiten soll, um ortsansässige Landwirte gegen auswärtige Kapitalanleger zu stärken. "Das bisherige Grundstücksverkehrsgesetz taugt dafür nicht mehr, weil die Kapitalanleger inzwischen ganze Betriebe kaufen und dadurch nach dem Gesetz wie Landwirte behandelt werden müssen", beschreibt Christoph Schilka, Bauernbund-Vorstandsmitglied und Landwirt aus Guhrow im Spreewald, die Problematik. Eine Expertenanhörung vor dem Agrarausschuss am 30. Mai in Potsdam hatte die Notwendigkeit neuer Regelungen eindrucksvoll bestätigt. Nachdem SPD und Linke einen entsprechenden Antrag von CDU und Grünen im wesentlichen übernommen haben, steht dem Beschluss über die Einrichtung der Arbeitsgruppe auf der morgigen Landtagsitzung nichts mehr im Wege.

*Am 28. November hat die Arbeitsgruppe Bodenmarkt erstmals getagt. Auf der Anhörung im Landtag hatten wir bereits deutlich gemacht, dass ein Landesgesetz nur sinnvoll ist, wenn es gelingt, ortsansässige Landwirte gegenüber auswärtigen Kapitalanlegern zu stärken. Wir haben daher zusammen mit Holger Lampe, Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Barnim, den folgenden Vorschlag ausgearbeitet und auf der ersten Sitzung zur Diskussion gestellt:*

## Unser Vorschlag, um ortsansässige Landwirte zu stärken

vorgetragen von Geschäftsführer Reinhard Jung in der Arbeitsgruppe Bodenmarkt

### 1.) Vorschlag Agrarstrukturverbesserungsgesetz für das Land Brandenburg:

Als erwerbsberechtigter Landwirt gilt jede natürliche Person, die den Beruf des Landwirts ausübt (entweder als Inhaber eines Landwirtschaftsbetriebes oder als in verantwortlicher Position tätiger Anteilseigner eines Landwirtschaftsunternehmens) und ihren Wohn- und Betriebssitz im Umkreis von dreißig Kilometern um die betreffenden Flächen hat oder die vorgenannten Eigenschaften kurzfristig zu erfüllen beabsichtigt, oder eine juristische Person, auf deren Anteilseigner zu mindestens 75 Prozent die vorgenannten Eigenschaften zutreffen. Die Genehmigung eines Landkaufvertrages steht unter dem Vorbehalt, dass der Erwerber seinen Status mindestens zehn Jahre nach Vertragsabschluss beibehält und die Fläche so lange selbst bewirtschaftet – anderenfalls wird sie nachträglich versagt und der Vertrag rückabgewickelt.



Begründung: Neusiedlern wird damit der Flächenerwerb erleichtert. Es bedarf keiner Betriebskonzepte, Befähigungsnachweise oder Maschinenauflistungen mehr, die zum Erwerbszeitpunkt vorliegen müssen. Es reicht die Absichtserklärung, zumal diese durch den Vorbehalt abgesichert ist. Kapitalanlegern wird damit der Flächenerwerb erschwert, da diese regelmäßig kein Interesse daran haben, gleichzeitig den Beruf des Landwirts auszuüben und ortsansässig zu sein. Ein ortsansässiger Nicht-Landwirt hätte damit ebensowenig eine Chance auf Flächenerwerb wie ein Landwirtschaftsunternehmen, das zwar ortsansässig bewirtschaftet wird, sich aber im Eigentum von nicht ortsansässigen Personen befindet.

### 2.) Vorschlag Erlass der Landesregierung zur Durchführung des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes an die Landwirtschaftsämter und die Siedlungsgesellschaft:

Nach Ausübung des Vorkaufsrechts durch die Siedlungsgesellschaft werden die Flächen grundsätzlich an natürliche Personen weiter veräußert, die den Beruf des Landwirts ausüben (entweder als Inhaber eines Landwirtschaftsbetriebes oder als in verantwortlicher Position tätiger Anteilseigner eines Landwirtschaftsunternehmens) und ihren Wohn- und Betriebssitz im Umkreis von dreißig Kilometern um die betreffenden Flächen haben. Im Falle mehrerer Interessenten ist demjenigen Landwirt der Vorzug zu geben, der über die absolut geringeren Eigentumsflächen verfügt, wobei bei Anteilseignern die Eigentumsflächen des Landwirts und sein Anteil an den Eigentumsflächen des Landwirtschaftsunternehmens zu addieren wären. In unmittelbarer Hofnähe oder umgeben von Eigentumsflächen liegende Flächen können ausnahmsweise auch anders zugeteilt werden. Hierfür soll die Möglichkeit, Flächen aus einem Kaufvertrag mehreren Interessenten zuzuteilen, vermehrt genutzt werden. Im Einzelfall muss es einen Ermessensspielraum geben, um auf die spezifischen Bedingungen sachgerecht zu reagieren. Entscheidend ist, dass für die Zuteilung der Flächen eine Abwägung der agrarstrukturellen Aspekte stattfindet und transparent gemacht wird.

## Musterverfahren gegen nasse Enteignung im Oderbruch

*Kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist (31. Dezember 2013) haben Bernhard Kalies, Manfred Hauche, Manfred Wercham und weitere Mitglieder des Bauernbundes Brandenburg wegen des Binnenhochwassers 2010 im Oderbruch Schadenersatzansprüche gegen das Landesumweltamt und den Gewässerunterhaltungsverband GEDO wegen der Verletzung der Unterhaltungspflicht für die Gewässer erster Ordnung und vorsorglich auch für die Gewässer zweiter Ordnung geltend gemacht. Der Bauernbund Brandenburg hatte den Verwaltungsrechtler Alexander Reitingner mit der Ausarbeitung einer Strategie beauftragt, um am Beispiel des Oderbruchs einen erfolgversprechenden Weg aufzuzeigen, wie Landwirte gegen die allort festzustellende nasse Enteignung durch das Landesumweltamt vorgehen können. Die betriebsbezogene Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen ist ein erster Schritt, weitere Schritte werden 2014 folgen. Nachfolgend Auszüge aus der Begründung der Ansprüche:*

Im Wirtschaftsjahr 2009/2010 stand die Ernte an, deren Ertrag auf den betroffenen Flächen vollständig ausfiel. Die komplette Bewirtschaftung der jeweiligen Flächen bis dahin war dementsprechend bereits erfolgt. Eine genaue Zuordnung zu den einzelnen Kulturen in der Anlage 1 ist daher möglich. Erspart werden konnten bei Totalausfall des Ertrages (Ackerland) nur die Kosten für die Ernte. Bei Grünland konnte die dritte Mahd nicht realisiert werden, so dass hier nur ein Drittel des Ertrages ausfiel und auch nur die Kosten dafür nicht realisiert werden konnten. (...)

Im Wirtschaftsjahr 2010/2011 konnte durchgängig keine Bewirtschaftung erfolgen. Deshalb wurden hier in der Anlage 2 bei Ackerland nicht die Erträge der einzelnen Kulturen, sondern durchschnittliche Erträge für Ackerland zugrunde gelegt. Bei Grünland konnten die erste und zweite Mahd nicht realisiert werden, so dass zwei Drittel des Ertrages ausfielen. Erspart werden konnten bei Totalausfall des Ertrages (Ackerland) die Kosten für gesamte Bewirtschaftung, bei Grünland für die erste und zweite Mahd. (...)

Das Binnenhochwasser ist durch die rückständige Gewässerunterhaltung entstanden. Es wird zunächst auf den Jahresbericht des GEDO Seelow für das Jahr 2010 sowie auf das Gutachten von Dr. Dietrich und Partner Hydroconsult GmbH vom 26.09.2011 Bezug genommen. Die entsprechenden Unterlagen liegen Ihnen vor. Der Unterhaltungsrückstand der Gewässer im Oderbruch wird entsprechend den Veröffentlichungen weder vom Land Brandenburg noch vom GEDO als Problem negiert.

Im Wesentlichen beruht das Binnenhochwasser auf den hohen Wasserständen der Fließgewässer im Hinblick auf die fehlende Unterhaltung, insbesondere die Reduzierung auf (auch noch unzureichende) Entkrautungsmaßnahmen. Eine Erhaltung des Gewässerbetts (Sedimentabtrag), insbesondere bei den Gewässern erster Ordnung, findet nicht mehr statt. (...) Schadenursächlich ist vor allem der Unterhaltungsrückstand der Gewässer erster Ordnung.

Bei der Gewässerunterhaltungspflicht handelt es sich zwar um eine rein öffentliche Pflicht, deren Pflichtverletzung keine Amtshaftungsansprüche auslöst. Wird jedoch die Gewässerunterhaltungspflicht verletzt und kommt es damit zur Schädigung von Eigentum bzw. sind landwirtschaftliche Flächen nicht mehr bewirtschaftungsfähig, besteht bei Verletzung der Gewässerunterhaltungspflicht ein Schadenersatzanspruch des Geschädigten. (...) Eine Beeinträchtigung des Eigentums und des Besitzes wegen unterlassener und unzureichender Gewässerunterhaltung ist nicht hinzunehmen. Insofern besteht auch seitens des Eigentümers bzw. Pächters von landwirtschaftlichen Flächen ein Abwehr- und Folgenbeseitigungsanspruch (...)

Es wird in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass das Oderbruch seit dem 18. Jahrhundert ein erheblich verändertes Gewässersystem – auch im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie – darstellt und zwingend in seiner Bewirtschaftung ausschließlich dem Erhalt der Entwässerung und damit der Aufrechterhaltung der Besiedlungsfunktion einschließlich Landwirtschaft dient.

## Dorffest gegen neue Braunkohle-Tagebaue in der Lausitz

Pressemitteilung vom 31. Oktober 2013



"Ein drohender Tagebau zerstört jede Dorfgemeinschaft, je früher man das einsieht und sich mit den Gleichgesinnten zusammenschließt, desto besser" – diese These vertrat Thilo Kraneis aus Pödelwitz in Sachsen, das 2027 einem Braunkohle-Tagebau der MIBRAG weichen soll. Schon die erste Ankündigung verändere die Lebensperspektiven und das Zusammenleben grundlegend, argumentierte der 47jährige Schlossermeister, der mit

achzehn anderen Dorfbewohnern vereinbart hat, sich konsequent der Umsiedlung zu widersetzen und in Pödelwitz zu bleiben: "Wir haben uns dieses Schicksal nicht ausgesucht, aber wir nehmen es an. Mit unserem Widerstand können wir viel zum Erfolg der Energiewende beitragen."

Kraneis sprach vor etwa 500 Menschen beim Dorffest für Heimat und Zukunft im brandenburgischen Atterwasch, das ebenfalls durch Tagebaupläne bedroht ist. Auf der Veranstaltung, die von Kirchengemeinde, Feuerwehr und Landwirtschaftsbetrieben organisiert wurde, berichteten weitere Tagebau-Betroffene von ihrer Vorgehensweise: Die Landwirtin Petra Rösch aus Proschim (Lausitz) verhandelt grundsätzlich nicht mit Vattenfall und der Polizist Stephan Pütz aus Immerath (Rheinland) steht mit seiner Klage gegen den Tagebau der RWE Power inzwischen vor dem Bundesverfassungsgericht. Bei der bevorstehenden Entscheidung geht es darum, ob sich aus dem Grundgesetz ein Recht auf Heimat ableiten lässt.

Klare Vorstellungen zur Energiewende vertrat in seiner Rede der Präsident des Bauernbundes Brandenburg, Karsten Jennerjahn: "Wir brauchen flexible Reservekraftwerke auf Gasbasis, die die Schwankungen von Wind und Sonne ausgleichen. Und in dem Maße, wie eine verlässliche Einspeisung aus überwiegend erneuerbaren Energien wächst, muss die Braunkohleverstromung zurückgefahren werden."

Veranstalter des Dorffestes war das Bündnis Heimat und Zukunft, in dem sich Politiker aller Parteien und Vertreter von Wirtschafts- und Umweltverbänden sowie der Kirche zusammenschlossen haben, um die Energiewende in Brandenburg durchzusetzen.

[www.heimatzukunft.de](http://www.heimatzukunft.de)



*Der Immerather Polizist Stephan Pütz argumentierte, das Grundrecht auf Freizügigkeit beinhaltet nicht nur die Freiheit zu gehen, wohin man will, sondern auch zu bleiben. Das Grundgesetz garantiert damit ein Recht auf Heimat. Fotos: ideengruen / Pichlmaier*

## Max Kirsten gewinnt beim Deutschen Landwirtschaftsverlag

Unser Mitglied Maximilian Kirsten ist einer von zwei Gewinners des Wettbewerbs "Dafür liebe ich die Landwirtschaft", den der Deutsche Landwirtschaftsverlag ausgelobt hat, und bekommt eine Reise nach Paris. Erstaunlich, dass Max sich in den gleichgeschalteten Agrarmedien (gehört alles dem Bauernverband) mit einem Text durchsetzen konnte, der auch deutliche agrarpolitische Aussagen enthält. Im Internet-Portal agrarheute.com wurde daraus eine Reportage mit Bildern, die ihn auf dem elterlichen 200-Hektar-Betrieb mit Ackerbau und Milchvieh zeigen: [www.agrarheute.com/maximilian-kirsten](http://www.agrarheute.com/maximilian-kirsten). Wir gratulieren Max und wünschen alles Gute!



### Ohne Landwirtschaft? Ohne mich!

An der Landwirtschaft liebe ich, dass man früh am Morgen nie weiß, was der Tag alles mit sich bringt. Ob ein Kälbchen das Licht der Welt erblickt, ob man total aus dem Plan gerissen wird weil die Technik streikt oder ob einem das Wetter die Ernte vermiest. So unberechenbar, dennoch vielfältig liebe ich sie. Ein Landwirt ist nicht nur der, der das Feld pflügt und die Kühe melkt, nein er ist ein Allrounder. Er ist von Elektriker über Landmaschinenmechaniker bis hin zum Tierarzt alles und vor allem sollte man den Job im Büro nicht unterschätzen, der so manchem Landwirt schon den letzten Nerv geraubt hat. Ich liebe es an der Landwirtschaft, mit vielen Leuten zu arbeiten, und dennoch genieße ich die Ruhe auf meinem Traktor, wenn ich meine Bahnen ziehe.

Neben der Landwirtschaft spiele ich Gitarre in der Band "Setting Sails", mit welcher ich schon einige große Städte in Deutschland gerockt habe. Somit kenne ich genauso gut das Großstadtleben, da wir sehr oft in den Wintermonaten in Berlin im Studio sitzen um an neuen Songs zu tüfteln. Ich finde es wunderschön in den großen Städten wie Berlin, München oder Hamburg, dennoch würde ich nie das Land / die Landwirtschaft für eine Großstadt verlassen.

Meine Wünsche für die Zukunft der Landwirtschaft sind sicher die gleichen aller Landwirte. Ich wünsche mir, dass die Landwirtschaft sehr viel mehr geschätzt wird und dass die Familienbetriebe, wie wir einer sind, mehr gefördert werden als die riesigen Großbetriebe die 3000, 4000, 5000 und mehr Hektar bewirtschaften. Und vor allem wünsche ich mir, dass die landwirtschaftlichen Produkte dem Landwirt so viel bringen, dass er auch ohne Subventionen sehr gut leben kann.

*Max Kirsten, Jungbauer aus Polzen (Landkreis Elbe-Elster)*

## Lieber schuldenfrei als zukunftsfest!

### Leserbrief unseres Mitglieds Ralf Wöller in der MAZ vom 5. September 2013

Betrifft: 81 Gemeinden sind schuldenfrei, Märkische Allgemeine vom 3. September 2013  
Seit langem hören wir von Landesregierung, Experten und Technokraten, unsere Kreise und Gemeinden wären zu klein. Um sie "zukunftsfest" zu machen, müsse es eine Gebietsreform geben, fünf bis sieben Großkreise sind im Gespräch, keine Gemeinde mehr unter 10.000 Einwohnern. Jetzt lese ich in meiner Heimatzeitung: "Vor allem kleine Kommunen haben keine Schulden. Vorwiegend amtsangehörige Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern seien schuldenfrei, teilte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit." Wenn ich zu wählen hätte zwischen zukunftsfest und schuldenfrei, würde ich mich immer für letzteres entscheiden. So lange wir auf dem Dorf selbst entscheiden und wirtschaften dürfen, ist mir auch um die Zukunft nicht bange.

*Ralf Wöller, Bürgermeister von Sonnenberg (Landkreis Oberhavel)*